



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886390

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Keine Entschuldigung für Passivität!</u> Bemühung um Wiedervereinigung bleibt Aufgabe der deutschen Politik	45
2 - 3	<u>SPD und politischer Studentenverband</u> Von Waldemar v. Knoeringen, Stellvertretender Vorsitzender der SPD	67
4	<u>"Gipfelkonferenz der Neutralen"?</u> Zu dem Treffen Nasser - Tito Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schloicher	36
5	<u>Begegnung in Berlin</u> Erge Aicher-Scholl (Ulm) über das Opfer ihrer Geschwister	49
6 - 7	<u>Staatsdomänen werden Bauerzogen</u> Niedersachsen beschreitet neue Wege zur Verbesserung der Agrarstruktur	49
7	<u>Tarifverhältnisse bei der Bahn?</u> "Maßhalten" - mit zweierlei Maß	17

Keine Entschuldigung für Passivität!

Bemühung um Wiedervereinigung
bleibt Aufgabe der deutschen Politik

es - Es gibt neuerdings nicht nur in Deutschland, sondern in zunehmendem Maße auch im Ausland Politiker von Rang und Namen, die nach dem Pariser Fiasko zu erkennen geben, daß sie - wenigstens im Augenblick - keine Möglichkeiten für eine aktive Wiedervereinigungspolitik sehen. Behauptungen dieser Art sind nicht nur Ausdruck einer gewissen Phantasielosigkeit, sondern auch die mehr oder weniger offen ausgesprochene Entschuldigung für das Abfinden mit dem Status quo in Europa.

Gewiß, wer sich zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und damit zur Überwindung der Spaltung Europas bekennt, hat es nicht leicht; er muß gegen den Strom schwimmen. Ansatzpunkte, die früher für erfolversprechende Verhandlungen über die Wiedervereinigung vielleicht vorhanden waren, scheinen heute verschüttet zu sein. Und doch: Der Verzicht auf den Versuch, immer wieder neue Ansatzpunkte aufzuspüren, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine aktive deutsche Politik überhaupt.

In der ganzen Welt wird nach wie vor, trotz des Scheiterns der Pariser Gipfelkonferenz - oder gerade deswegen? -, von der Abrüstung gesprochen. Dem einen bedeutet dieses Wort die Erfüllung einer Sehnsucht, dem anderen das mühselige Heranarbeiten an eine notwendige politische Lösung des Ost-West-Konfliktes. Die einen sagen, wenn sie von der Abrüstung sprechen, "alles oder nichts"; die anderen suchen den Kompromiß für Teilösungen dieses außerordentlich komplizierten Problems.

Es kann nicht erwartet werden, daß die "Großen" in diesem Ringen um die Abrüstung gleichzeitig auch unser deutsches politisches Problem der Wiedervereinigung ansteuern. Wir werden als gehr tun müssen, als nur zu erklären, wir seien bereit, uns irgendwann einmal einem irgendeine gearteten Abrüstungsabkommen anzuschließen. Praktisch bedeutet dies das Herauskristallisieren der deutschen Möglichkeiten bei der Vorbereitung von Kompromissen und Teilösungen im Streit um die Abrüstung, und sei es auch nur um begrenzte und für beide Seiten gleichwertige Abrüstungsmaßnahmen.

Alles dies kann bei uns in Deutschland nur auf dem Wege über eine ehrliche Bestandsaufnahme geschehen. Nicht das Rechten und nicht das Richten über vermeintliche Fehlleistungen der Vergangenheit, sondern das Suchen und Finden nach einer Ausgangsposition für neue Schritte in der Gegenwart und Zukunft - das ist die Aufgabe der deutschen Politik.

In diesem Sinne geht die deutsche Sozialdemokratie - das ist der einstimmige Beschluß ihres Parteivorstandes - am Vorabend des "Tages der deutschen Einheit" an die uns allen jetzt gestellte Problematik der deutschen Politik heran. Sie ist fest davon überzeugt, in der Sache und in der Methode mit dieser ihrer Einstellung dem Vaterland am besten dienen zu können.

SPD und politischer Studentenverband

Von Waldemar v. Knoeringer,
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Der Parteivorstand der SPD hat am 23. Mai die der SPD angehörenden Studenten aufgefordert, sich dem am 9. Mai gegründeten Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) anzuschließen. Im Zusammenhang mit diesem Beschluß wurde in der Öffentlichkeit die Frage gestellt, wie es zu dieser Entscheidung kommen konnte. Politische Studentenverbände sind organisatorisch von den politischen Parteien unabhängig, müssen es sein, wollen sie an den Universitäten zugelassen werden. Die SPD hat diese organisatorische Unabhängigkeit immer respektiert. Studenten haben außerdem das Bedürfnis und auch das Recht einer weitgehenden Diskussionsfreiheit. Dieses Recht wurde von der SPD weder bestritten noch eingeschränkt. Auf der anderen Seite hat Erich Ollenhauer bei der Gründung des SDS 1946 in Hamburg erklärt: "Der Studentenbund soll alle diejenigen vereinen, die sich aus ehrlicher Überzeugung zum demokratischen und freiheitlichen Sozialismus bekennen. Die Unabhängigkeit von der SPD bedeutet keine Trennung, da ja allgemein bekannt ist, daß die sozialistischen Studenten auf dem Boden der SPD stehen".

Bei der letzten Bundesdelegiertenkonferenz des SDS in Göttingen im Juli 1959 konnte ich als geladener Sprecher der SPD darauf hinweisen, daß der SDS in den Jahren nach 1946 gute Arbeit geleistet hat. Dieser Feststellung mußte leider der unerfreuliche Hinweis auf eine kritische Entwicklung innerhalb des SDS im Jahre 1959 folgen. Trotzdem war die SPD in Göttingen nach einer sinkenden Erklärung des SDS-Bundesvorstandes bereit, die Zusammenarbeit mit dem SDS nicht abzubrechen. In den Monaten nach Göttingen hat sich die Hoffnung der SPD, daß der SDS seine Krise überwinden werde, nicht erfüllt. Einflußreiche Gruppen im SDS forderten eine scharfe Abgrenzung nach rechts, waren aber nicht bereit, mit gleicher Schärfe die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu führen. Die Diskussion über die Ideologie des Totalitarismus wurde einseitig. Fern aller politischen Realität erschöpfte sich die politische Tätigkeit von SDS-Gruppen in theoretisierenden Zirkeln. Die praktische Hochschularbeit war unbefriedigend.

Die zögernde Haltung des SDS-Vorstandes gegenüber diesem unbefriedigenden Zustand hat zu immer neuen Auseinandersetzungen im SDS geführt, die eine fruchtbare Arbeit beeinträchtigten. Eine Reihe von Sozialdemokraten empfand diesen Zustand als untragbar. Die Spaltung des SDS mit der nachfolgenden Gründung des SHB war das Ergebnis der vorausgehenden Spannungen.

Der einstimmige Beschluß des Parteivorstandes, SPD-Mitglieder unter den Studenten zum Eintritt in den SHB aufzufordern, wurde gefaßt, weil der neue Verband zur Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus in jeder Form, also auch dem Kommunismus, bereit ist und darüberhinaus die Hochschulpolitik in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellen will. Der Bundesvorstand des SHB hat zu diesen Fragen klare Beschlüsse gefaßt.

Die SPD hat in ihrer Stellungnahme am 23. Mai den SDS nicht erwähnt. Sie weiß, daß sich gegenwärtig in SDS ein Prozeß vollzieht, der viele seiner Mitglieder, die zugleich der SPD angehören, zu Überlegungen über ihre weitere Tätigkeit im Rahmen eines politischen Studentenverbandes veranlaßt. Zweifellos gibt es im SDS Mitglieder und auch ganze Gruppen, die ohne Vorbehalt auf dem Boden des Grundsatzprogramms der SPD stehen.

Die Erfolge der einzelnen Gruppen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Ganze gelähmt war durch die mangelnde Bereitschaft und den fehlenden Mut, sich einer Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu stellen. Es wäre allerdings falsch, den SDS als kommunistisch infiltrierten Studentenverband zu bezeichnen. Die SPD hat eine derartige Erklärung auch niemals abgegeben. Doch hat sich der Parteivorstand der SPD für eine Unterstützung des SHB entschieden, weil er der Auffassung ist, daß die sozialdemokratische Bewegung der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus weder ausweichen kann noch soll. Diese Auseinandersetzung ist unvermeidlich, sie wird hart sein, und sie kann von der SPD nur mit dem Studentenverband geführt werden, der bereit ist, in dieser Frage gemeinsam mit der SPD einen Weg zu gehen. Die SPD ist diese klare Haltung ihrem Programm und der ihr gestellten Aufgabe schuldig.

"Gipfelkonferenz der Neutralen"?

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Kurz vor dem Eintreffen des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) Nasser in Jugoslawien registrierte die hiesige Presse noch aufmerksamer als sonst jede Spinne, die sich für einen direkten Einsatz der blocklosen Staaten zur Lösung der bestehenden Weltprobleme aussprach. Nicht nur diese Tatsache ließ deutlich werden, daß die Frage nach der Rolle der Blocklosen im Lichte der gescheiterten Ost-West-Gipfelkonferenz eines der bedeutendsten Gesprächsthemen zwischen Tito und Nasser auf der Adriainsel Brioni sein dürfte.

Solche Vorschläge, die in letzter Konsequenz auf eine gemeinsame Aktion der ungebundenen Staaten hinzielen ("Gipfelkonferenz der Neutralen") sind außer in Belgrad auch in Indonesien, der VAR - sei es offiziell oder nur inoffiziell - und auch in Indien vereinzelt geäußert worden. Dürfte an der offiziellen Bereitschaft der VAR, Indonesiens und Jugoslawiens, an einer solchen Aktion teilzunehmen, weniger Zweifel bestehen, so ist die indische Haltung bisher das Haupthindernis gewesen, daß diese Idee nicht schon sicher verwirklicht worden ist. Kein Wunder, daß in der jugoslawischen Presse ein Leitartikel der indischen Zeitung "Indian Express" außerordentliche Beachtung gefunden hat, in dem sich das genannte Blatt für das Abhalten einer Gipfelkonferenz der Neutralen einsetzte, weil "die Verantwortung für das Schicksal der Welt nicht nur den Großmächten überlassen" werden könne.

Mögen auch manche Kreise in Indien die Meinung vertreten, nach dem Fiasko von Paris sei der Augenblick gekommen, "da sich alle ungebundenen Staaten vereinigen können", besagt dies noch nichts Definitives über einen Gesinnungswechsel des indischen Premiers Nehru zu einer gemeinsamen Aktion der Blocklosen. Da sich erst unlängst der VAR-Präsident Nasser auch mit dem indischen Premier getroffen hat, wird in den Gesprächen Tito - Nasser sicherlich die Frage erörtert werden, ob sich nicht neue Ansätze finden ließen, Neu-Delhi für eine Gipfelkonferenz der Neutralen zu gewinnen, ohne dessen Mitwirken ein solches Vorhaben von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt sein dürfte. Zweifellos wird dieses Thema der Eriongespräche den international bedeutendsten Aspekt des Treffens zwischen Nasser und Tito darstellen, gleichgültig, ob der Idee von der "Gipfelkonferenz der Neutralen" dabei ein Erfolg beschieden sein wird oder nicht.

Begegnung in Berlin

Inge Aicher-Scholl (Ula) über das Opfer ihrer Geschwister

H.G.S. - Wer traut dieser jungen Frau aus Ulm, diesen vitalen, bescheidenen Menschen schon zu, daß sie bereits Mutter von fünf Kindern ist? Inge Aicher-Scholl, mit dem Pädagogen Otl Scholl verheiratet, war damals 26 Jahre alt, als ihr 25 jähriger Bruder, der Medizinstudent Hans Scholl und ihre kleine Schwester, die Biologiestudentin Sophie Scholl mit ihren Gefährten von der Münchener Universität durch Roland Freisler dem Scheffel überliefert wurden. Auch Inge Scholl, die Älteste Schwester von fünf Geschwistern, kam eine Zeitlang mit den Eltern in Sippenhaft.

Im Gespräch mit Inge Scholl, die nach Berlin kam, um hier zum ersten Male über das Opfer ihrer Geschwister zu den jüdischen Bürgern der Stadt zu sprechen, ergibt sich der Zauberkreis schlichter mitmenschlicher Achtung und Bedachtsamkeit.

Die junge Frau kann ihres Vaters in Liebe gedenken, Bürgermeister einer süddeutschen Stadt, der nicht nur ein enges, unzerbrechliches Familienband zu schlingen wußte, sondern auch ein Vorbild an Unbeugsamkeit und Gerechtigkeit gegenüber dem Machtwillen der Diktatoren war. So wurde das Bild des charakterfesten Vaters, der lieber im Fohit ging, als sich dem Unrecht zu beugen, Vorbild und Beispiel den Kindern, die schließlich ihren Anstand, ihr Gewissensrecht mit dem Blut besiegeln mußten.

In der überlebenden Ältesten Schwester spricht die Stimme einer rein geliebten deutschen Jugend von gestern, die heute als geistige Führerin wirksam wird. Frau Scholl hat mit ihrem Mann die "Hochschule für Gestaltung" in Ulm gegründet, die in einer einzigartigen Weise geistig durchdringendes wirkliches Können fördert und Kommunikationsprobleme in unserer Zeit nach modernsten amerikanischen und europäischen Formen zu lösen und zu bilden sucht. In Technik, Werkstoffkunde, Konstruktion, schöpferischem manuellem Tun und visueller Kommunikation entfaltet sich der Mensch an dieser Schule nach dem Willen ihrer Leiter, in Erbe der gepflegten jungen Akademiker.

Gespräche mit Inge Scholl sind deswegen so köstlich, weil dieser im tiefsten tragisch empfindende Mensch sich zu einer völlig ungekünstelten Lebensbefahrung durchgerungen hat. Hier spürt der Begegnende die Kraft der inneren Selbstformung, die e rein unverbildeten, unverbrauchten, ungekünstelten Christentum sozialen Auftrags entspringt. Unpathetisch spricht die junge Pädagogin von der tiefen und echten Bindung zu jüdischen Menschen, zu ihrem Leid und Erleben, die sich aus dem gemeinsamen Opfer in der Zeit nazistischer Willkür ergeben hat.

Die Situation unserer Tage beurteilt sie nicht allzu rosig. Zu viele Kräfte gibt es noch, die verbittert und einseitig an ihren Vergangenheitserfahrungen festhalten. Haß und Rache sucht regieren noch viele. Aber ein Mensch wie Inge Aicher-Scholl vermag mit aller Inbrunst den klaren Satz zu sprechen: "Ich glaube an das Gute im Menschen".

Es ist, als höre man im Gespräch mit dieser Frau die Stimme ihrer auf dem Blutblock für die ihre Deutschlands gepflegten Geschwister. So wie sie uns aus dem vierten Flugblatt der "Weißen Rose" entgegenklingt: "Wir schweigen nicht, wir sind Euch böses Gewissen, die Weiße Rose läßt Euch keine Ruhe!"

Staatsdomänen werden Bauerneigentum

a.h. - Hannover

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Alfred Kubel hat in diesen Tagen vom Kabinett grünes Licht für eine Aktion erhalten, die ihm nicht nur die Zustimmung der Regierungsparteien (SPD, DME, FDP) sichert, sondern ihm auch den Respekt der Opposition (CDU, LP) eingebracht hat. Kubel hat sich nämlich innerhalb seines umfangreichen und vielschichtigen Agrarprogramms u.a. vorgenommen, einen Teil der niedersächsischen Staatsdomänen abzustoßen und sie zu echtem Eigentum in Bauernhand zu machen.

Die politischen Gegner des Ministers, die den Sozialdemokraten gern die Verteidigung von wirtschaftlichem Besitz in öffentlicher Hand um jeden Preis vorwerfen, horchten bereits auf, als Kubel vor einigen Monaten die Verordnungen über die Bodenreform in Niedersachsen abschaffte. Diese Bestimmungen stammten noch aus der Zeit der Militärregierung, bestimmten die Enteignung des 100 ha übersteigenden Grundbesitzes und wurden hinsichtlich dieser Enteignung in den vergangenen 10 Jahren nicht ein einziges Mal angewendet. Kubel konnte mit diesen Relikten aus der Besatzungszeit um so eher aufräumen, als er gleichzeitig vor aller Öffentlichkeit nachwies, daß Niedersachsen dennoch von allen deutschen Bundesländern den größten Siedlungserfolg aufzuweisen hat. Der Anteil der Flächen über 100 ha an der gesamten Wirtschaftsfläche des Landes liegt aber in Niedersachsen nämlich nur bei knapp 1,3 Prozent, wogegen der Grundbesitz des Landes und seiner drei großen Stiftungsformen ein Mehrfaches davon beträgt.

Niedersachsen wird auch in Zukunft einen großen Landbedarf haben: Für die Neuansiedlung einheimischer und vertriebener Bauern, wie auch für die dringend notwendiger Verbesserungen der Agrarstruktur. Seit der Wehrungsreform sind z.B. in Niedersachsen allein aus dem staatlichen Moorbesitz für die Siedlung über 16 000 ha bereitgestellt worden. Die Moorlandkultivierung wird auch in Zukunft in verstärktem Maße weitergeführt werden. Daran wird das Land künftig aus seinen Domänen Boden zur Verfügung stellen. Das Kabinett hat die vorgesehene Verwendung von demnächst pachtfrei werdenden Domänen und von kleineren Pachtböden von insgesamt 3 750 ha bereits gebilligt. Auf diesem Domänenland werden auf

einer Fläche von etwa 760 ha rund 38 Vollerwerbsteilern - davon drei Viertel für Heimatvertriebene und Flüchtlinge! Weitere 400 ha sind für Agrarstrukturverbesserungen und für die Ansiedlung von solchen Landwirten vorgesehen, deren Existenz durch die Ausdehnung der Städte und durch die Anlage von Ertragssteigerungsplätzen nicht mehr zu bewirtschaften sind. Auch für kommunale Zwecke wird Land bei dieser Aktion zur Verfügung gestellt werden.

Ein größerer Teil der durch die Aufteilung der Domänen freierwerdenden Ländereigentümerfamilien wird eine Landarbeiterstelle erhalten. Weitere Familien werden auf den vorgesehenen Restgütern, die den bisherigen Pächtern zum Kauf angeboten werden, oder in anderen landwirtschaftlichen Betrieben untergebracht werden. Die Pachthöfe werden mit ihrem überwiegenden Flächenanteil den bisherigen Pächtern zum Kauf angeboten werden. Der Beschluß des niedersächsischen Kabinetts über den ersten Teil der Domänenüberführung in Bauern Eigentum bildet gleichfalls die Voraussetzung für ein größeres Vorhaben zur Verbesserung der Agrarstruktur im südlichen Niedersachsen. + + +

Tariferhöhungen bei der Bahn ?

sp - Es fehlt in diesen Tagen nicht an ministeriellen Beschwörungen, die die Bundesrepublikaner zum Maßhalten auffordern. Gewöhnlich geschieht dies unter dem Blickpunkt der gefährdeten Währung. Jede Lohn- und Gehaltsforderung, mag sie auch noch so berechtigt sein, gilt schon als Bedrohung für die Wertbeständigkeit der D-Mark. Wer zum Maßhalten mahnt, müßte eigentlich, will er aufrichtig sein und überzeugend wirken, diese Währung für sich selbst beherrsigen. Der Herr Bundesverkehrsminister nimmt sich jedenfalls davon aus. Die ihm ressortnässig unterstehende Bundesbahn überraschte die deutsche Öffentlichkeit mit der Nachricht, dass sie Preiserhöhungen im Berufsverkehr und für Schülerfahrten bis zu 46 Prozent beabsichtige. Man könne dies den gut verdienenden Arbeitern, so heißt es in der Begründung, zumuten. Die DAG hat ausgerechnet, dass für einen Teil der Verkehrsteilnehmer nach dem Plan des Bundesverkehrsministeriums sogar Preiserhöhungen bis zu 70 Prozent infrage kämen. Schon 40 Prozent überschreiten jedes zumutbare Maß, aber 70-prozentige Tariferhöhungen dürften wohl nicht widerspruchlos hingenommen werden. Wo bleibt hier die Lösung des Maßhaltens?

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel